

NDR 4 INFO / FORUM 4
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

23.03.2002/19.30-20.00 Uhr
24.03.2002/12.30-13.00 Uhr (Wh.)

Andreas Flocken

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Heute mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrophon begrüßt Sie Andreas Flocken.

„Das ist ein guter Tag für die Bundeswehr“, so bewertete Verteidigungsminister Scharping die Entscheidung des Haushaltsausschusses zum Militär-Airbus Mitte dieser Woche. Das verwundert dann doch ein wenig. Denn der Verteidigungsminister geht im Streit mit den Haushältern keineswegs als der strahlende Sieger hervor. Es bleibt weiterhin offen, ob die Bundeswehr auch tatsächlich die bestellten 73 Flugzeuge bekommen wird. Militärtransporter, die frühestens 2009 an Deutschland ausgeliefert würden, obwohl die Truppe schon jetzt so schnell wie möglich einen Nachfolger für die altersschwache Transall braucht. Die am Mittwoch freigegebenen 5,1 Mrd. Euro reichen jedoch bestenfalls für 40 Maschinen, - vermutlich werden es sogar weniger, wenn man die bei Rüstungsprojekten schon fast übliche Kostenexplosion berücksichtigt.

Die Annahme, dass der neue Bundestag für die restlichen Maschinen die notwendige zweite Tranche von mehr als 4 Mrd. Euro bewilligen wird, ist aber zweifelhaft. Denn schon längst ist klar, dass sich die Bundeswehr nicht alle geplanten und bereits angelaufenen Beschaffungsprojekte leisten können. Allein der Eurofighter, der Transporthubschrauber NH 90 und der Kampfhubschrauber Tiger kosten weit über 20 Mrd. Euro. Aber auch die Marine hat neue U-Boote, Fregatten und Korvetten bestellt. Umfangreiche Beschaffungsvorhaben hat natürlich auch das Heer auf der Liste – die Teilstreitkraft, die immerhin die Hauptlast der Auslandseinsätze trägt. Stichworte sind hier u.a. der gepanzerte Truppentransporter GTK und der Spähpanzer

Fennek. Es mangelt an den dringend benötigten minensicheren Fahrzeugen vom Typ Dingo. Die deutschen Soldaten in Kabul verfügen über nur wenige dieser Exemplare. In der Not wurde sogar ein Teil von der Infanterie-Schule in Hammelburg abgezogen, wo sie eigentlich für Ausbildungszwecke benötigt werden. Das Airbus-Projekt – soviel ist bereits jetzt klar – macht spätestens nach der Bundestagswahl im September einen Kassensturz notwendig.

Der Militär-Transporter selbst droht ebenfalls weiterhin Negativ-Schlagzeilen zu machen. Die Entscheidung des Haushaltsausschusses bedeute noch nicht den Startschuss für den Bau des A400M, ließ die Airbus Military Company am Donnerstag wissen. Vielmehr müsse jetzt neu verhandelt werden, so ein Sprecher. Der einheitliche Grundpreis für die Maschine basiere auf einer Bestellung von 196 Maschinen. Wenn es weniger würden, verändere dies zwangsläufig die Bedingungen. Kein Kommentar, hieß es hierzu im Verteidigungsministerium. Verwiesen wurde statt dessen auf den Rüstungskonzern EADS. Ein Firmensprecher in München war dann auch bestrebt, das Thema niedriger zu hängen. Von neuen Verhandlungen wollte man nichts wissen. Wann mit dem Bau begonnen werde, könne man allerdings auch noch nicht sagen.

Trotzdem. Deutlich wird: Die Industrie ist erheblich skeptischer als der Verteidigungsminister. Sie geht offensichtlich davon aus, dass es aus Deutschland kein Geld für weitere Maschinen geben wird. Die Airbus-Beschaffung entwickelt sich also zu einer unendlichen Geschichte. Die Folge: Die Truppe muß sich wohl darauf einstellen, erheblich länger als geplant auf ein leistungsfähiges Transportflugzeug zu warten.

Die weiteren Themen in Streitkräfte und Strategien:

- Mit Mini-Atombomben auf Terroristenjagd? Nuklearwaffen sollen für US-Militärplanungen an Bedeutung gewinnen.
- Friedensbemühungen auf Dauer ohne Chance? Warum für Israelis und Palästinenser eine Ende des gewaltsamen Konflikts so schwierig ist. Und:

- Nach vollmundigen Versprechungen nun die Ernüchterung – Radarstrahlen-Opfer warten weiter auf Entschädigung durch die Bundeswehr.

Atomwaffen sind ein Relikt des Kalten Krieges. Seit Ende des Ost-West-Konflikts verlieren sie an Bedeutung. So die bisherigen Erwartungen und Einschätzungen vieler Menschen. Weit gefehlt. Denn mittlerweile wurden Teile der sogenannten Nuclear Posture Review bekannt. Ein geheimer Bericht, in dem es u.a. um die Rolle der Atomwaffen in der US-Militär-Strategie geht. In dem Report wird auch für die Entwicklung sogenannter Mini-Nukes plädiert. Die Folge: Die USA sehen sich einmal mehr einer Welle der Kritik ausgesetzt, auch aus Europa. Zu dem umstrittenen Geheimpapier - Heiner Friedenberg:

Manuskript Heiner Friedenberg

Die US-Regierung ist bemüht, die bekannt gewordenen Überlegungen zur Nuklearstrategie herunterzuspielen. Es gebe keine konkreten Einsatzpläne, so Pentagonchef Donald Rumsfeld nach einem Treffen mit seinem russischen Kollegen Sergej Iwanow in der vergangenen Woche. Er räumte allerdings ein, dass die USA ihre Atomwaffenpolitik den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts anpassen müssten.

Das ist schon seit längerem das Ziel der Bush-Administration. Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation wird das Prinzip der atomaren Abschreckung für veraltet gehalten. Mittlerweile hat die US-Regierung bereits Nägel mit Köpfen gemacht: Der ABM-Vertrag, der die Verwundbarkeit beider Seiten garantieren sollte, wurde gekündigt, - gegen den Widerstand aus Moskau und Peking sowie gegen den Willen der europäischen Nato-Partner. Konkret behinderte der Vertrag die USA beim Aufbau des geplanten Raketenabwehr-Systems. Die Abkehr von dem 1972 zwischen Moskau und Washington geschlossenen Abkommen ist aber auch Ausdruck des neuen strategischen Denkens in den USA. Nuklear-Waffen bekommen dabei zugleich einen ganz neuen Stellenwert.

Denn während der Ost-West-Konfrontation dienten Atomwaffen allein der Kriegsverhütung. Sie waren zu allererst politische Waffen, sicherten die

strategische Stabilität zwischen den damaligen Supermächten. Wer zuerst schießt, der stirbt als zweiter, so der Grundsatz, der die Welt vor einem Atomkrieg bewahren sollte.

Es gab allerdings schon während des Ost-West-Konflikts in den USA Strategieplaner, für die Nuklearwaffen nicht allein der Kriegsverhütung dienten. Mancher wollte sich nicht damit abfinden, dass Atomwaffen nur die Aufgabe hatten, einen Angriff abzuschrecken. „Victory is possible“ lautete ein Aufsatz von Colin S. Gray und Keith Payne, der im Sommer 1980 in der renommierten US-Politikzeitschrift Foreign Policy erschien. Der Artikel sorgte damals vor allem in Europa für Aufregung. Ein begrenzter Atomschlag sei durchaus führbar, müsse nicht notwendigerweise in einer Katastrophe enden, so einige der Schlussfolgerungen der Autoren. Angesichts der damaligen Nachrüstungsdebatte fühlte sich die Friedensbewegung in ihren Befürchtungen bestätigt: Washington beabsichtige mit der Stationierung von Pershing-2-Raketen und atomaren Marschflugkörpern in Europa u.a. einen möglichen Atomkrieg auf Europa zu begrenzen. Der Krieg mit Atomwaffen solle wieder führbar gemacht werden. Das Schlagwort vom „Decoupling“, also der Abkopplung Europas vom strategischen Atompotential der USA, ging um. Und bereits damals wurde darüber nachgedacht, wie man mit Atomwaffen gehärtete unterirdische Ziele ausschalten könnte.

Die heutige Debatte über sogenannte Mini-Nukes und ihren Einsatz ist also auf den ersten Blick grundsätzlich nicht neu. Doch mit dem Fall der Mauer haben sich die Rahmenbedingungen verändert. Ein Atomkrieg zwischen den USA und Russland ist unwahrscheinlich geworden. Durch die Terror-Anschläge vom 11. September haben die Überlegungen zur US-Nuklear-Strategie zugleich eine ganz neue Qualität erhalten. Die Amerikaner sehen sich im ersten Krieg des 21. Jahrhunderts. Neben der Bekämpfung des Terrorismus ist das Hauptziel, mögliche Anschläge mit Massenvernichtungswaffen zu verhindern. Washington hat daher Diktatoren, die über ein entsprechendes Arsenal verfügen oder dieses anstreben, den Kampf angesagt. Die USA setzen dabei auch auf präventive Militärschläge. Das haben auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik im vergangenen Monat die amerikanischen Teilnehmer deutlich gemacht.

Die „Nuclear Posture Review“ ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Der Bericht kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass sich das Pentagon darauf einrichten müsse, Atomwaffen gegen sieben Staaten einzusetzen: Genannt werden die Atommächte Russland und China, die von Bush als Achse des Bösen identifizierten Länder Iran, Irak und Nordkorea sowie Syrien und Libyen. Entsprechende Kontingentspläne würden gegenwärtig ausgearbeitet. Niederschlag findet diese Neuorientierung letztlich in der nuklearen Zielplanung der US-Streitkräfte.

In dem vertraulichen Papier werden drei Szenarien für den möglichen Atomwaffeneinsatz genannt: Erstens: Angriffe gegen Ziele, die mit konventionellen Mitteln nicht zerstört werden konnten. Zweitens: Vergeltung für eine Attacke mit atomaren, chemischen oder biologischen Waffen. Und drittens im „Fall von überraschenden militärischen Entwicklungen“, wie es allgemein in dem Report heißt. Letzteres ist offenbar eine direkte Konsequenz aus den Terror-Angriffen auf das World Trade Center und das Pentagon. Denn diese Anschläge waren bis zum 11. September für unmöglich gehalten worden.

In dem Papier zur Neuausrichtung der US-Nuklear-Doktrin wird weiter die Notwendigkeit betont, neue kleinere Atomwaffen zu entwickeln. Sie sollen in der Lage sein, gehärtete und tief im Boden versteckte Ziele zu zerstören. Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhang auch die Vernichtung von Lagerstätten und Produktionsanlagen biologischer und chemischer Kampfstoffe genannt. In wie weit bereits vorhandene Atomwaffen für diese Aufgaben umgerüstet werden können, das wird zur Zeit geprüft. Eine Drei-Jahres-Studie hierzu habe inzwischen begonnen, teilte der zuständige General John Gordon erst kürzlich dem US-Kongress mit.

Seit seinem Amtsantritt versuchte Präsident Bush nach außen den Eindruck zu vermitteln, dass Atomwaffen für die Verteidigungsplanung an Bedeutung verlieren würden. Selbst nach dem 11. September war vor allem von der Stärkung der konventionellen Streitkräfte und der Homeland defense, der Heimatverteidigung, die Rede. Und bei den strategischen Atomwaffen strebt der US-Präsident an, zusammen mit Russland die Zahl der Gefechtsköpfe auf jeweils 1700 bis 2200 abzubauen.

Doch der Bericht zur Überprüfung der US-Nuklearpolitik gibt den Atomwaffen einen ganz neuen Stellenwert. Die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen wird gesenkt. Die Führung eines Krieges mit nuklearen Waffen ist für die US-Regierung kein Tabu mehr. Der Report fordert nicht nur nukleare Gefechtsköpfe, die den sogenannten „Kollateral-Schaden“ verringern. Vielmehr müsse das konventionelle Militärpotential stärker und umfassender als bisher auf die Atomstreitkräfte abgestimmt werden.

In der Nuclear Posture Review ist daher von einer „neuen Triade“ die Rede. Der Begriff Triade drückte bisher aus, dass sich das strategische US-Atompotential auf drei Säulen stützt: Bomber, landgestützte Raketen und Langstrecken-Raketen auf U-Booten.

Die „neue Triade“ umfasst die künftigen Standbeine der US-Sicherheitspolitik. Hierzu gehören das „offensive strike leg“, also das Offensiv-Potential der konventionellen und nuklearen Streitkräfte. Das zweite Standbein ist die aktive und passive Verteidigung, dazu zählen u.a. Raketenabwehrsysteme. Als drittes Element wird schließlich eine „responsive defense infrastructure“ genannt. Gemeint ist damit, die Erhaltung der eigenen Fähigkeit, Atomwaffen zu entwickeln und zu produzieren sowie Nuklearwaffen-Tests wieder aufzunehmen.

Der Nukleareinsatz wird dann erwogen, wenn sich andere Handlungsmöglichkeiten als nicht erfolgversprechend erwiesen haben.

Die Strategieplaner des Pentagons wollen ihren Präsidenten künftig mit mehr Militär-Optionen im Kampf gegen den Terror ausstatten. Das Geheimpapier richtet sich daher in erster Linie gegen die sogenannten Schurken-Staaten. Mit neuen Atomwaffen sollen unterirdische Kommandozentralen und Produktionsstätten von Massenvernichtungswaffen zerstört werden, - nicht die nuklearen Arsenale Chinas oder Russlands.

Seit dem Golfkrieg 1991 haben nach US-Erkenntnissen mehrere Regime, die unter dem Verdacht stehen, an Massenvernichtungswaffen zu arbeiten, tiefe Höhlen- und Tunnelkomplexe gebaut. Nach US-Zeitungsberichten haben amerikanische Militärplaner bereits öfter laut darüber nachgedacht, diese

Einrichtungen ggf. mit Atomwaffen zu zerstören. Denn die Druckwelle nach einer Nuklear-Detonation führe dazu, dass die Einrichtungen auch tief in der Erde zusammenfallen würden, so die Erwartung. Eine solche atomare Präzisionswaffe gibt es jedoch noch nicht. Aber ganz offensichtlich wird sie angestrebt.

Bisher war es allerdings die Politik der USA, in einem Konflikt gegen Nicht-Atomkräfte nicht selbst Nuklearwaffen einzusetzen. Von diesem Prinzip verabschiedet sich jetzt die US-Regierung. Die möglichen Folgen: Sogenannte Schwellenländer setzen ihrerseits stärker als bisher auf den Erwerb von Atomwaffen. Damit aber leistet Washington der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen Vorschub, fördert also genau das, was man eigentlich verhindern will. Der Nichtweiterverbreitungsvertrag wird geschwächt. Zu befürchten ist daher, dass die Rolle von Atomwaffen in der internationalen Politik wieder zunehmen wird, auch wenn Russland und die USA ihre strategischen Arsenale drastisch reduzieren werden. Als politische Waffen, wie zu Zeiten des Kalten Krieges, haben sie aber offenbar ausgedient. Stattdessen droht nun eine „Konventionalisierung“ der Nuklearwaffen. Eine bedenkliche und gefährliche Entwicklung.

* * *

Flocken:

Ein Angriff auf irakische Lagerstätten von Massenvernichtungswaffen mit Mini-Nukes - für manchen ist das mittlerweile ein realistisches Szenario. Auftrieb bekommen solche Spekulationen auch aus Großbritannien. Verteidigungsminister Hoon bekräftigte jetzt, sein Land sei notfalls auch zum Einsatz von Atomwaffen gegen Staaten wie den Irak bereit.

Vor allem um den Rücken bei einer Auseinandersetzung mit Saddam Hussein frei zu haben, sind die USA nun doch aktiv im Nahost-Konflikt geworden. Der US-Sondergesandte Zinni und auch Vizepräsident Cheney konnten zwischen Palästinensern und Israelis bisher allerdings nicht viel bewegen. Die Spirale der Gewalt dreht sich weiter. Ob Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes realistisch sind, dieser Frage ist Margret Johannsen nachgegangen:

Manuskript Dr. Margret Johannsen

Ariel Sharon hatte niemals freie Hand, die Intifada mit allen vorhandenen Mitteln niederzuschlagen. Jeder israelische Regierungschef muss Rücksicht nehmen auf die USA. Denn nur Washington garantiert die Existenz Israels. Die amerikanischen Interessen in der Region aber verbieten es schlichtweg, die Palästinenser von der israelischen Militärmacht überrollen zu lassen und dabei die öffentliche Meinung in den arabischen Staaten zu ignorieren. Der US-Präsident machte das nach dem 11. September deutlich und bekräftigte dies Anfang des Monats erneut: Die zeitweilige Wiederbesetzung der autonomen Gebiete widerspreche amerikanischen Interessen und sei „nicht hilfreich“.

Zu Hause führt der israelische Regierungschef eine schwierige Koalition.

Diese Koalition zusammen zu halten bestimmte Sharons Umgang mit der palästinensischen Intifada. Würde er dem Drängen seiner rechten Minister nachgeben, die Armee „siegen“ lassen und die Autonomiegebiete wieder unter Besatzungsrecht stellen, so riskiert er den Rücktritt von Shimon Peres, der als Außenminister versuchte, die Perspektive einer Verhandlungslösung zu retten. Das hieße schwer kalkulierbare Neuwahlen. Würde Sharon sich ernsthaft, an Ergebnissen orientiert, auf Verhandlungen einlassen, sähe er sich bald gezwungen, jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten aufzugeben. Ob die Likud-Partei ihm dann die Stange halten würde? Dort wartet sein Erzrivale Netanjahu nur darauf, wieder in den Ring zu steigen. Also wählte Sharon einen Mittelweg: Er ging daran, die quasi-staatlichen Strukturen der palästinensischen Autorität zu zerschlagen, scheute aber davor zurück, die autonomen Gebiete zurückzuerobern. So konnte er Entscheidungen aus dem Weg gehen und die eigene Regierung zusammenhalten.

Also war Sharon bestrebt, abschließende Regelungen zu vermeiden. Er wird auch in Zukunft versuchen, mit Hilfe von Zwischenlösungen die Stunde der Wahrheit so lange wie möglich hinauszuschieben.

Wie eine Zwischenlösung nach dem Geschmack Sharons beschaffen wäre, lässt sich verschiedenen Plänen aus dem Lager des Likud entnehmen. In einer Ansprache an die Nation am 21. Februar warb Sharon um seine jüngste Variante

einer unilateralen Trennung Israels von den Palästinensern. Die Idee an sich ist nicht neu. Bereits 1995 schlug Itzhak Rabin den Bau eines „Anti-Terror-Schutzwalls“ zwischen dem israelischen Staatsgebiet, Jerusalem und den selbstverwalteten palästinensischen Gebieten vor. Das Konzept ist in Israel heute populärer denn je. Besonders der rechte Flügel der Arbeitspartei macht sich dafür stark, wohingegen im Likud Vorbehalte existieren, weil der Plan in seiner ursprünglichen Fassung voraussetzte, jüdische Siedlungen aufzugeben.

Hier setzt die Sharon-Variante an. Der Regierungschef schlug vor, Pufferzonen um die palästinensischen Autonomiegebiete zu errichten und so das Eindringen militanter Palästinenser nach Israel zu verhindern. Was heute als Blockade der Städte und Unterbrechung der Verkehrswege erscheint, könnte dann die Gestalt eines halben Dutzends oder mehr palästinensischer Kantone annehmen, deren Verbindung untereinander das israelische Militär nach Maßgabe der Interessen Israels kontrolliert. Niemand – außer Sharon – weiß, ob dieser Plan lediglich dazu gedacht war, die Öffentlichkeit zu beruhigen, oder ob er eine Blaupause für eine Interimslösung darstellt. Eine Evakuierung von jüdischen Siedlungen würde diese Form einer unilateralen Trennung Israels von den Palästinensern jedenfalls nicht erfordern. Wie umfangreich das den Palästinensern überlassene Gebiet vor allem im Westjordanland ausfallen könnte, ist eine Frage der Spekulation. 41 Prozent scheint eine plausible Zahl. Hier hat sich bereits heute die palästinensische Zivilverwaltung etabliert. In den „restlichen“ Gebieten würde die Besatzung andauern.

Ihr würde auch weiterhin der Kampf der militanten Palästinenser gelten. Und es ist mehr als zweifelhaft, dass Arafat die kämpfenden Gruppen durch seine 30.000 bis 40.000 Polizisten entwaffnen lässt. Als PLO-Vorsitzender hat er im Rahmen des Oslo-Prozesses zwar einen feierlichen Gewaltverzicht geleistet. Doch er kann um des eigenen politischen Überlebens willen die Popularität der Intifada und ihrer Protagonisten nicht ignorieren.

Anders als die reguläre palästinensische Polizei stehen die Intifadakämpfer nicht unter der Zentralgewalt der Palästinensischen Autorität. Die Islamische Widerstandsbewegung Hamas und der Islamische Jihad gehören ohnehin nicht

zur PLO. Aber auch die Kämpfer der Fatah, die sogenannten „Tanzim“, sind der Kontrolle Arafats entzogen. Solange die Mehrheit der Bevölkerung an den bewaffneten Aufstand gegen die Besatzung glaubt, braucht Arafat die Militanten „seiner“ Fatah-Partei. Denn ohne die palästinensischen Milizen wäre die säkulare Nationalbewegung jeder militärischen Option beraubt und würde das Feld des bewaffneten Kampfes den Islamisten überlassen müssen.

In dem neuen Gewaltzirkel, der im Januar begann, haben sich die Fatah-Milizen zurück an die Spitze der Intifada gekämpft. Fatah hat die Konsequenzen aus ihren massiven Popularitätseinbußen im Laufe der zweiten Intifada gezogen, als es vor allem die Islamisten waren, die den Israelis Opfer zufügten. Arafat war es ähnlich ergangen. Inzwischen aber liegen seine Sympathiewerte wieder deutlich über 50 Prozent. Es dürfte sich für Arafat ausgezahlt haben, dass er äußerst unpopuläre Maßnahmen wie die Verhaftung militanter Aktivisten unterließ. Es wäre nicht überraschend, wenn sich auch die Fatah nach Übernahme der Führung in der Intifada von dem tiefen Fall ihrer Popularität erholt.

Der „Vision einer Region, in der zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite in sicheren und anerkannten Grenzen leben“, wie es in der Resolution 1397 des UN-Sicherheitsrates vom 12. März heißt, muss das nicht abträglich sein. Im Gegenteil. Mit der Führungsrolle der Fatah in der Intifada könnte sich die drohende Blockade gelöst haben, die aus der wachsenden Popularität der islamistischen Widerstandsbewegungen erwuchs. Denn anders als für diese steht für die säkularen Kräfte immer noch die Zweistaatenlösung auf der Tagesordnung. Marwan Barghouti, Generalsekretär der Fatah im Westjordanland und prominenter Führer der Intifada, ist kein Gegner von Verhandlungen; er glaubt nur nicht, dass Verhandlungen unbedingt und stets einen Gewaltverzicht voraussetzen. „Wenn man von den Palästinensern erwartet, unter der Besatzung zu verhandeln“, schrieb er am 16. Januar in der Washington Post, „dann muss man von Israel erwarten können zu verhandeln, während wir gegen die Besatzung Widerstand leisten.“ Barghouti hat zudem Kompromissbereitschaft bei der Flüchtlingsfrage und beim Status von Jerusalem erkennen lassen. Sollten die Vermittlungsbemühungen der USA allerdings scheitern, wird die Fatah den gewaltsamen Kampf gegen die Besatzung weiter

führen. Oder sie kann die Hoffnung begraben, einst in einem palästinensischen Staat die Schaltstellen der Macht zu besetzen.

* * *

Flocken:

An den Schaltstellen der Macht sitzt bereits Rudolf Scharping. Im Juni vergangenen Jahres gab er ein Versprechen ab: Allen Soldaten, die während ihrer Dienstzeit Opfer von krebsauslösender Röntgen- und Radarstrahlung geworden waren, sollte schnell, unbürokratisch und möglichst streitfrei geholfen werden. Doch die Realität sieht neun Monate nach Scharpings großzügiger Ankündigung anders aus: Die meisten Radaropfer warten bislang vergeblich auf Hilfe aus dem Verteidigungsministerium. Michael Hyngar zieht eine Bilanz.

Manuskript Michael Hyngar

Für zahlreiche Opfer kommt die Hilfe – wenn sie denn bewilligt wird – bereits zu spät. Sie sind gestorben, ohne dass sie erfahren haben, ob auch das Verteidigungsministerium den Zusammenhang zwischen ihrer Erkrankung und der Arbeit an Radaranlagen der Bundeswehr anerkennt. Und sie sind häufig mit der Ungewissheit gestorben, ob ihre Angehörigen finanziell versorgt werden. Oberfeldwebel Winfried Schröder aus dem schleswig-holsteinischen Tornesch ist kurz nach der Ankündigung Scharpings, die Anträge schnell und unbürokratisch zu bearbeiten, an Krebs gestorben. Schröder hatte als Elektromechanikermeister mehrere Jahre am Stützpunkt Heide am amerikanischen Luftverteidigungssystem Hawk gearbeitet. Nach acht Jahren bei der Bundeswehr erkrankte er. Seine Frau Heinke erinnert sich:

Zuerst haben wir natürlich auch an Schicksal gedacht. Aber es wurde ziemlich schnell klar, dass die Ärzte gesagt haben, es ist eine solch merkwürdige Geschichte, dass es auf besondere Umstände zurückzuführen ist. Und so sind wir auf die Radarstrahlen zurückgekommen.

Neuroendokriner Tumor am ganzen Körper – so lautete die Diagnose der Ärzte. Bestärkt durch medizinische Gutachten, die einen Zusammenhang zwischen seiner Tätigkeit an den Radaranlagen und der Krebserkrankung nahelegten, reichte Schröder Ende 1999 einen Antrag auf Wehrdienstbeschädigung ein. Die

Prüfung dauert bis heute an. Zehn Monate nach dem Tod ihres Mannes wartet Heinke Schröder immer noch auf eine Entscheidung der Behörden. Doch außer einer Eingangsbestätigung des Antrags gab es bislang keine Reaktion.

Ich weiß dann zumindest Bescheid. Ich möchte ernst genommen werden in dieser Geschichte. Und das möchten glaube ich alle. Die vielen Leute, die einen Antrag gestellt haben. Das ist in erster Linie unser Ziel.

Schnelle und unbürokratische Bearbeitung der Anträge und ein möglichst generöses Verhalten? Diese Aufgabe soll eigentlich eine eigens eingerichtete Task Force in der Wehrverwaltung übernehmen. Tatsächlich wurden seit dem Sommer vergangenen Jahres 480 von insgesamt etwa 2.000 Anträgen auf Wehrdienstbeschädigung bearbeitet. Doch generöses Verhalten scheint hier nicht gefragt: Bislang wurden erst ganze acht Anträge positiv beantwortet. Ist also die Häufung von Krebserkrankungen bei Bundeswehrsoldaten, die mit Radaranlagen zu tun hatten, nur zufällig und schicksalhafter Natur? Diese Frage hat auch der Bericht der sogenannten Sommer-Kommission untersucht. Fazit dort: Bundeswehrangehörigen, Soldaten und Zivilisten sind durch Röntgenstrahlen von Radargeräten gesundheitliche Schäden zugefügt worden. Doch Ulrich Birkenheier, Sonderbeauftragter Radar im Verteidigungsministerium, ist überzeugt, dass es sich nur um Einzelfälle handelt. Deshalb sei die penible Prüfung jedes einzelnen Antrags gerechtfertigt:

Ich bedauere natürlich dieses Schicksal der einzelnen Betroffenen Aber ich bitte auch um Verständnis, dass wir als Verwaltung auf der Grundlage der Gesetze entscheiden müssen. Das heißt, wir können nicht willkürlich Entscheidungen treffen, sondern wir können nur Entschädigungen zusprechen, wenn der gesetzliche Anspruch da ist. Es kann ja durchaus sein – und deshalb müssen wir so intensiv prüfen – dass diese Erkrankungen halt schicksalhaft sind und nicht aufgrund des Dienstes – und ich glaube es würde kein Verständnis aufkommen, wenn wir in diesen Fällen ohne genauere Prüfung der Gegebenheiten Entschädigungen und das sind ja alles Steuergelder – zusprechen würden, die nicht zustehen.

Für seine Einschätzung der Dinge beschreitet das Verteidigungsministerium inzwischen sogar die juristischen Instanzenwege gegen die zum Teil schwer kranken Soldaten – obwohl die Sommer-Kommission ausdrücklich dazu geraten hatte, dass sich die Bundeswehr in Zweifelsfällen, wo sich eine genaue Aufklärung als unmöglich erweist, juristische Kleinkrämerei versagen sollte. Doch

in der Task Force ist offenbar die Furcht vor unzulässigen Zahlungen größer als die Sorge um die erkrankten Mitarbeiter. Mit Verweis auf die gesetzlichen Grundlagen und die Gefahr der Verschwendung von Steuergeldern wird allerdings auch in Kauf genommen, dass die potenziellen Strahlenopfer das Ergebnis ihres Antrages nicht mehr erleben. Auch die Gefahr, die von den Radaranlagen ausging, wird relativiert:

Immer dann, wenn die Bundeswehr festgestellt hat, dass irgendwelche Gefahrenherde vorhanden sind, wurden diese überprüft, und dann auch die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um die Leute zu schützen. Also es ist nicht so, wie das teilweise dargestellt wird, dass wir hier die Bundeswehrsoldaten in Einrichtungen geschickt haben, wo sie einer extremen Bestrahlung ausgesetzt waren. Aber in den meisten Fällen, selbst wenn Bestrahlungen vorlagen, waren die von so einer geringen Dosis, dass sie nicht die Erkrankungen verursacht haben können.

Allerdings lag die Bestrahlung in vielen Fällen auch deutlich über den zulässigen Grenzwerten. Siegfried Rabenstein war bis Ende der 80er Jahre ziviler Radartechniker im Marinearsenal in Wilhelmshaven. An den Radaranlagen, die Rabenstein damals bei offenem Gehäuse und während des Betriebs reparierte, wurden Strahlungen von 500 Millisievert pro Stunde gemessen. Das ist mehr als die Lebensarbeitsdosis eines Menschen. Von seinen ehemaligen Arbeitskollegen sind bereits 20 an Krebs erkrankt oder gestorben. Rabenstein selbst erkrankte an Nierenkrebs und leidet seit seiner Tätigkeit im Marinearsenal auch an einer Herzmuskelentzündung. Doch für eine vollständige Anerkennung seiner Krankheiten kämpft er schon seit elf Jahren – bislang ohne Erfolg:

1996 ist meine Nierenkrankheit als Berufskrankheit anerkannt worden. Leider hat sich der Gutachter zu den anderen Krankheiten damals nicht geäußert, und deswegen habe ich damals auch Einspruch dagegen eingelegt, weil ich alle meine Erkrankungen anerkannt haben will. Gerade in Bezug auf: sollte mir etwas zustoßen, also die biologische Lösung eintreten, dann ist meine Frau eben nicht abgesichert. Und deswegen will ich diese Krankheiten anerkannt haben.

Das Warten auf die biologische Lösung, den Tod der potenziellen Radaropfer. Diesen Vorwurf erhebt auch der „Bund zur Unterstützung Radargeschädigter“ gegen die Bundeswehr. Die Prüfverfahren der Wehrverwaltung seien zu statisch, da nach internen Annahmen nur ausgebildete Techniker mit den Strahlen in Verbindung gekommen sein sollen. Eine große Zahl von Antragstellern werde so

von vorneherein ausgeschlossen. Außerdem würde das Verteidigungsministerium nur eine Strahlenmessung an einem Gerät aus dem Jahre 1981 heranziehen und auf dieser Grundlage die Strahlenbelastung berechnen. Andere Messungen, die erheblich höher waren, würden nicht berücksichtigt. Die Radargeschädigten haben sich deshalb juristischen Beistand geholt. Die Berliner Rechtsanwälte Reiner Geulen und Remo Klinger, deren Kanzlei auch die Opfer der Eschede-Katastrophe vertritt, wollen in der kommenden Woche eine Musterklage gegen das Verteidigungsministerium einreichen. Für ihre etwa 730 Mandanten fordern die Anwälte Schadensersatz und Schmerzensgeld in Höhe von insgesamt ca. 125 Millionen Euro. Auch die Juristen kritisieren die Hinhalte- und Ablehnungstaktik im Verteidigungsministerium. Auf Gesprächsangebote habe das Verteidigungsministerium bislang nicht reagiert, deswegen sei jetzt der Weg vors Gericht unumgänglich. Und die Anwälte wollen noch weiter gehen: Sie bereiten eine Klage gegen die amerikanischen Hersteller der Radargeräte in den USA vor. Denn etwa 400 Strahlenopfer der Bundeswehr haben an amerikanischen Geräten gearbeitet. Weil sich die Schadensersatzansprüche nach amerikanischem Recht richten, streiten die Anwälte dann um bis zu 1,7 Millionen Euro pro Kläger. Geulen und Klinger betonen allerdings, dass erst die Untätigkeit im Verteidigungsministerium die Strahlenopfer zu den aufwendigen Prozessen zwingt. Damit schade das Verteidigungsministerium nicht nur den Strahlenopfern, sondern auch dem Ruf der Bundeswehr und dem öffentlichen Haushalt. Denn die gerichtlichen Auseinandersetzungen würden zu einer ganz erheblichen Erhöhung der Schadensersatzforderungen führen.

* * *

Flocken

Finanziell kann auf die Bundeswehr also noch einiges zukommen.

Soviel für heute. Eine neue Ausgabe von Streitkräfte und Strategien hören Sie wie gewohnt in 14 Tagen, am 6. April. Die Wiederholung am Sonntag um 12.30 Uhr. Die Manuskripte finden Sie auch im Internet unter www.ndr4info.de. Am Mikrophon verabschiedet sich Andreas Flocken.